



"Positionspapier der Arbeitsgruppe Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion zur Verantwortung des Bundes für die Erinnerung und Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in der DDR"

Vorbemerkung

Die gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit der DDR und mit dem sie beherrschenden SED-Regime hat sich seit 1989/1990 in unterschiedlicher Weise entwickelt. Vor allem durch den Einsatz engagierter Bürgerinnen und Bürger und begleitet durch eine breite öffentliche Debatte und politische Unterstützung hat die historisch-politische Aufarbeitung einen im internationalen Vergleich hohen Standard erreicht. Deutliche Defizite sind jedoch in der gesellschaftlichen Wahrnehmung der DDR-Geschichte als Teil gesamtdeutscher Geschichte festzustellen. Angesichts der in den letzten Jahren zunehmenden, insbesondere medial vermittelten Trivialisierung der DDR als politischem System und der gerade in jüngerer Zeit vermehrten Versuche einer geschichtsrevisionistischen Negierung ihres Diktaturcharakters und einer Verächtlichmachung ihrer Opfer durch ehemalige Kader des Staatssicherheitsystems, scheint eine eingehende Auseinandersetzung unter besonderer Berücksichtigung der Komplexität des Diktaturcharakters der DDR dringend geboten.

Unter der Leitung von Prof. Dr. Martin Sabrow wurde 2005 von der Beauftragten für Kultur und Medien (BKM) eine Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes "Aufarbeitung SED-Diktatur" (im folgenden Expertenkommission genannt) eingesetzt, deren Empfehlungen seit dem Frühjahr 2006 vorliegen. Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), Staatsminister Bernd Neumann hat seit langem eine eigene Konzeption angekündigt.

Prinzip für die künftige Gestaltung muss der Konsens bleiben, den die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages in den 90er Jahren betont hat: Beide Diktaturen des 20. Jahrhunderts müssen so erinnert werden, dass der Nationalsozialismus nicht relativiert und der Kommunismus nicht bagatellisiert wird.

I. Grundsätzliches

Die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur ist eine **gesamtdeutsche Aufgabe**, d.h. es bedarf des gemeinsamen Engagements von Bund und Ländern. Doch bleibt auch die **Verantwortung der Länder**, einschließlich der westdeutschen, bestehen. Diese muss noch stärker deutlich werden.

Wir sollten auch in Deutschland besser von der **Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur** sprechen und die internationale Perspektive und Zusammenarbeit verstärken. Es wird häufig von der „SED-Diktatur“ gesprochen. Die Perspektive von Öffentlichkeit, Forschung und politischer Bildung muss jedoch europäischer und globaler werden. Die SED-Diktatur war Teil des kommunistischen Herrschaftsbereichs und in allen zentralen Fragen von Moskau abhängig und gesteuert.

Bei der Umstrukturierung der Institutionen der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur können **Möglichkeiten finanzieller Umverteilung** genutzt und Mittel effizienter eingesetzt werden. Die bestehende Unterfinanzierung des gesamten Aufarbeitungsbereiches muss schrittweise behoben und darf nicht verschärft werden.

Die Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch der **Gedenkstätten über die kommunistische Vergangenheit** in der DDR sollte verstärkt werden.

Die **Gedenkstättenkommission des Bundes** hat sich im Grundsatz bewährt; sie sollte bei der für die Weiterentwicklung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes notwendigen Evaluierung der Gedenkstätten ihren Beitrag leisten und entsprechende Vorschläge für eine verstärkte Zusammenarbeit der Einrichtungen und Initiativen zur Aufarbeitung und Erinnerung an die NS-Diktatur und die der kommunistischen Diktatur machen. Um eine verbesserte Transparenz und Nachvollziehbarkeit der getroffenen Förderentscheidungen zu erreichen, sollte künftig regelmäßig **ein Gedenkstättenbericht** erstellt werden, der anhand der im Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung formulierten Kriterien eine ausführliche Übersicht der Gedenkförderung des Bundes beinhaltet.

II. Die Bundesbehörde für die Unterlagen der Staatssicherheit (BStU)

Die BStU hat sich international einen sehr guten Ruf bei der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur erarbeitet und dient als Vorbild für andere osteuropäische Länder. **Die Öffnung der Akten des ehemaligen Ministeriums der Staatssicherheit war eine historische Leistung; ihre Zugänglichkeit muss auch für die Zukunft gesichert werden.**

Ein denkbarer Zeitpunkt für die Übernahme der Akten in das Bundesarchiv könnte das Jahr 2019 (31.12.2019) – also 30 Jahre nach der friedlichen Revolution - sein.

Nicht zuletzt um die Einmaligkeit des Aktenbestandes als Einheit zu erhalten, wäre es erstrebenswert, dass die Stasi-Unterlagen **langfristig ungeteilt in die Obhut des Bundesarchivs** übergehen, falls jedoch angesichts der entgegenstehenden archivgesetzlichen Rechtslage eine Abgabe der Bestände an die Landesarchive in Erwägung gezogen wird, sind einheitliche Nutzungsregeln auf Länderebene und ein Findmittelverbund zwingend zu schaffen. In diesem Zusammenhang ist zu klären, an welchen Standorten in Zukunft die Aktenbestände gelagert und zugänglich sein sollen und in welchen Schritten dies umgesetzt wird (siehe Umsetzung des sog. Außenstellenkonzept).

Bis zum Jahr 2019 bleibt die Behörde **entsprechend ihrer gesetzlich verankerten Aufgaben in vollem Umfang arbeits- und funktionsfähig**. Zu diesen Aufgaben gehören neben der Gewährleistung der persönlichen Akteneinsicht, der Erschließung und Auswertung der Akten, der Rekonstruktion des vorvernichteten Aktenmaterials, der Unterstützung von Forschung und politischer Bildung sowie der Unterhaltung von Dokumentations- und Ausstellungszentren ebenso die Gewährleistung und Förderung der historischen, politischen und juristischen Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes und der SED-Diktatur insgesamt.

Geprüft und politisch entschieden werden sollte auf der Grundlage **eines zu erarbeitenden Gesamtkonzeptes**, welche Aufgaben in welcher institutionellen Form auch nach 2019 zu erfüllen sind.

Die BStU nimmt entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag eine **Dienstleistungsfunktion für die Wissenschaft und Forschung** wahr. Die 7. Novellierung des Stasiunterlagengesetzes (StUG) war ein wichtiger Schritt zu einer weiter (durch Evaluierung der Arbeit der Abteilung Bildung und Forschung zu überprüfenden) zu verbessernden Liberalisierung des Zugangs von Wissenschaft und Öffentlichkeit. Der **Wissenschaftliche Beirat** sollte konzeptionelle Vorschläge für die Weiterentwicklung der Abteilung Bildung und Forschung und ihre zukünftige Schwerpunktsetzung erarbeiten.

Von besonderem Belang für die wissenschaftliche Forschung wie auch für die individuelle Aufarbeitung ist die **Erschließung des bisher noch unbearbeiteten und die Rekonstruktion des vorvernichteten Aktenmaterials**. Aus diesem Grund sollte einer möglichst weitgehenden Rekonstruktion vorvernichteter Akten über das bereits vorgeschlagene Pilotprojekt hinaus finanzielle Priorität eingeräumt werden.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Aufgaben der Behörde bis 2019 ist zu prüfen, in welcher Form eine **Umsetzung des derzeitigen Außenstellenkonzepts** zielführend ist. Es wäre denkbar, losgelöst vom Außenstellenkonzept die Notwendigkeit des Erhalts und des dafür erforderlichen Investitionsbedarfs einzelner Außenstellen zu prüfen und pragmatische Lösungen mit dem Ziel zu finden, die Aufgaben der Behörde effizient zu erfüllen und die Präsenz in den Regionen sicherzustellen.

III. Zukunft Haus 1 Normannenstraße / Stiftung Gedenkstätte Hohenschönhausen

Der Erhalt und die Nutzung von Haus 1 sind eine **gesamtstaatliche Verantwortung des Bundes**, der er bisher nicht nachgekommen ist. Der bauliche Zustand des Gebäudes erfordert eine gründliche Sanierung. Die inhaltliche Arbeit im Bereich der Forschung, Dokumentation und Vermittlung muss professionalisiert werden.

Die Arbeitsgruppe Kultur und Medien der Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag schlägt daher vor, **Haus 1 in der Trägerschaft der BStU zu einem Ausstellungs- und Bildungszentrum zur Tätigkeit des MfS zu entwickeln.**

Diese vorgeschlagene Zuordnung zur BStU entspricht dem gesetzlichen Auftrag der Behörde gemäß § 37 StUG, wonach die BStU die Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des MfS unterrichten soll. Die thematische Nähe, die räumliche und inhaltliche Einheit mit den überlieferten MfS-Archivbeständen, die Kompetenz und Erfahrung sowie die vorhandenen personellen und Verwaltungsressourcen sprechen ebenfalls für die Zuständigkeit der Stasi-Unterlagenbehörde.

Bei der Konzeption und der Arbeit des Dokumentations- und Bildungszentrums werden die vor Ort arbeitenden Vereine und Verbände einbezogen. Die Arbeitsmöglichkeiten der ansässigen Aufarbeitungsorganisationen bleiben gewahrt.

Mittel- und langfristig läge es nahe, die Gedenkstätte Hohenschönhausen und das Haus 1 in der Normannenstraße zusammenzuführen. Allerdings sprechen zum jetzigen Zeitpunkt gewachsene Strukturen und Verantwortungen dagegen. Unabhängig von der organisatorischen Struktur braucht es eine **baldige Handlungsfähigkeit und eine dauerhaft tragfähige Struktur**, um die dringliche Sanierung des Hauses 1 in der Normannenstraße vorzubereiten und zu beginnen. Die ersten Haushaltsmittel dafür müssen schon im Bundeshaushalt 2008 eingestellt werden.

IV. Stiftung Aufarbeitung

Zu den Aufgaben der „**Stiftung Aufarbeitung**“ gehören Politikberatung und die dezentrale Förderung politischer Bildungsarbeit und Wissenschaft. Es muss das Ziel sein, **im Rahmen der trilateralen Arbeitsgemeinschaft** der Stiftung Aufarbeitung zusammen mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Behörde der BStU eine **verbesserte thematische Abstimmung** in den von diesen Institutionen gleichermaßen abgedeckten und gesetzlich verankerten Themenfeldern Politische Bildung im schulischen und außerschulischen Bereich, Förderung von Wissenschaft und öffentlicher Vermittlung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie der Förderung der internationalen Zusammenarbeit in diesen Bereichen zu erreichen.

V. Alltag und Widerstand

Auf Bundesebene ist neben der Stiftung Aufarbeitung als zweiter Standort der Bonner Stiftung „Haus der Geschichte“ das „**Zeitgeschichtliche Forum**“ in **Leipzig** errichtet worden. Die Arbeit des Zeitgeschichtlichen Forums konzentriert sich auf das Spannungsverhältnis zwischen Opposition bzw. Widerstand und politischer Repression in der kommunistischen Diktatur vor gesamtdeutschen Hintergrund und umfasst das gesamte Spektrum der Aufarbeitung einschließlich der Alltagsdimension.

Es stellt sich die Frage, ob und in welcher Weise ebenfalls in Berlin ein Ort notwendig ist, um die Machtmechanismen der SED-Diktatur und die Durchdringung von Herrschaft, Gesellschaft und Widerstand in der kommunistischen Diktatur darzustellen, ähnlich wie es von der Expertenkommission als "Forum Aufarbeitung" vorgeschlagen wurde.

An diesem Lernort könnten die Themen "Widerstand und Opposition", "Ideologie", "Alltag in der durchherrschten Gesellschaft" und "Mechanismen der Machtausübung" durch Ausstellungen, Informationsmöglichkeiten und Vermittlungsangebote zur Geschichte der DDR im europäischen Kontext erlebbar und erfahrbar gemacht werden. Der Lernort könnte gleichzeitig als Portal zur Darstellung der Berliner Aufarbeitungslandschaft dienen. Die Ausstellung könnte von einem **Kooperationsverbund unter der Leitung des Zeitgeschichtlichen Forums** entwickelt werden, dem neben der Stiftung Aufarbeitung und der BStU auch andere themenbezogene Institutionen angehören. Bereits bestehende Einrichtungen, beispielsweise das Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR in Eisenhüttenstadt und die Stiftung Industrie- und Alltagskultur mit der Sammlung industrieller Gestaltung (Teil der Stiftung Haus der Geschichte) in Berlin sollten einbezogen werden.

VI. Erinnerung an Teilung und Grenze

Das Land Berlin hat mit seinem **Gesamtkonzept zur Erinnerung an die Berliner Mauer** eine tragfähige Konzeption entwickelt, die zügig umgesetzt werden muss. Auf Seiten des Bundes müssen die für die geplante **Stiftung Berliner Mauer** notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden, damit zum 20. Jahrestag des Mauerfalls möglichst viel sichtbar ist. Im neuen **U-Bahnhof Brandenburger Tor** sollte ein Ort der Information und Erinnerung möglichst bald der Öffentlichkeit übergeben werden. Der für die Einrichtung nötige finanzielle Bundesanteil sollte möglichst kurzfristig sichergestellt werden.

Zentrum der Erinnerung an die Berliner Mauer ist die **Bernauer Straße**.

VII. Wissenschaft

Aufarbeitung braucht historische Forschung. Die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus ist in der universitären Forschung unzureichend verankert, die finanzielle Ausstattung der mit diesem Themenbereich befassten wissenschaftlichen Institutionen stellt sich sehr unterschiedlich dar und sollte verbessert werden. Das „Blaue-Liste-Institut“ Zentrum für zeitgeschichtliche Forschung (ZZF) Potsdam sollte zu einem „**Institut für europäische Zeitgeschichte**“ mit Schwerpunkt für europäische Kommunismusforschung weiterentwickelt und mit entsprechenden Ressourcen ausgebaut werden.

VIII. Politische Bildung und Unterricht

In Deutschland wächst eine Generation heran, die das geteilte Deutschland und die kommunistische Vergangenheit der DDR-Diktatur nicht mehr erlebt hat, auch ist die Kenntnis über die DDR in der demokratischen Bundesrepublik Deutschland wenig ausgeprägt. Bis heute wird die Geschichte der DDR nicht als Teil einer gemeinsamen deutschen Nachkriegsgeschichte begriffen. Die schulische politische Bildung und die außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung müssen dies als Herausforderung für ihre Curricula und eine methodisch und didaktisch adäquate zeitgeschichtliche Vermittlung begreifen.

Die für die **Bildung** zuständigen Länder sind zu besonderen Anstrengungen aufgerufen, in der Lehreraus- und Fortbildung und in den Lehrplänen Voraussetzungen für eine obligatorische zeitgeschichtliche Vermittlung zur kommunistischen Diktatur in der DDR auf der Höhe des Forschungsstandes zu schaffen. Deshalb fordert die Arbeitsgruppe Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz der Länder der Länder ein **Konzept zur besseren Vermittlung der**

kommunistischen Diktatur im Unterricht auf der Grundlage gemeinsamer Bildungsstandards zu erstellen.

Im **Bereich der politischen Bildung** und der gesellschaftlichen Aufarbeitung hat sich erfreulicherweise ein vielfältiges Netz pluraler, autonomer und dezentral wirkender Bildungsträger und zivilgesellschaftlicher Initiativen, Dokumentationszentren, Foren und Archiven entwickelt. Aus Sicht der Arbeitsgruppe Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion ist es zwingend erforderlich, ein zwischen Bund und den Ländern unter Einbeziehung der bestehenden Träger politischer Bildung abgestimmtes **Gesamtkonzept der politischen Bildung** zu erarbeiten.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen in diesem Zusammenhang die dezentralen Strukturen der östlichen Bundesländer. Dort werden die Anstrengungen in der politischen Bildungsarbeit neben den notdürftig ausgestatteten Landeszentralen für politische Bildung auch durch die Landesbeauftragten und Außenstellen der Bundesbeauftragten unterstützt. Bei einem späteren Auslaufen der Arbeit der beiden letztgenannten Institutionen darf es nicht zu einem Ressourcenverlust kommen. Es gilt, die personellen und sächlichen Ressourcen für die politische Bildung auf der Landesebene, bzw. im zivilgesellschaftlichen Bereich zu sichern.

Herausgehobene Einrichtungen wie die Robert Havemann Gesellschaft in Berlin und die "Runde Ecke" in Leipzig sollten von den Ländern eine finanzielle Grundsicherung erhalten.

IX. Zusammenfassung

Der Bund hat eine **zentrale Verantwortung** für die Erinnerung und Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in der DDR. Dieser Verantwortung ist der Bund bisher nicht in ausreichendem Maße nachgekommen. Deshalb fordert die Arbeitsgruppe Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion eine zügige Umsetzung entsprechender Vorschläge.

Die **BStU** ist die größte und wichtigste Aufarbeitungsinstitution in Deutschland und Vorbild für andere Länder. Sie hat einen umfangreichen gesetzlichen Auftrag. Auch wenn sie nicht für die Ewigkeit geschaffen ist, muss sie in vollem Umfang arbeitsfähig bleiben, solange ihre gesetzlichen Aufgaben nicht erfüllt sind. Priorität ist der Rekonstruktion der Schnipsel einzuräumen, durch die vermutlich neue Kenntnisse gewonnen werden können.

Zentrales Anliegen ist eine **Sanierung von Haus 1 in der Normannenstraße**. Parallel dazu muss die Dauerausstellung neu konzipiert werden. Die BStU mit ihrer Erfahrung und Kompetenz und ihren personellen Ressourcen ist in der Lage, diese Aufgabe zu erfüllen. Wichtig ist die enge Kooperation mit den vor Ort tätigen Vereinen und der Gedenkstätte Hohenschönhausen.

Die Geschichte der DDR ist Teil der gesamtdeutschen Geschichte, was nur unzureichend vermittelt wird. Deshalb bedarf es einer dringenden **Verbesserung der politischen Bildung im schulischen und außerschulischen Bereich**, vor allem in den alten Bundesländer.

Das vorliegende **Positionspapier der Arbeitsgruppe Kultur und Medien der Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag** will einen Anstoß in der Debatte um die Zukunft der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in der DDR geben. Es ist uns wichtig, diese Positionen in der Folge mit den davon betroffenen Institutionen ausführlich zu erörtern, um Fortschritte zu erzielen.